

MONITOR

DEUTSCHLAND/PARTEIEN

Synopse Europawahlprogramme

Gegenüberstellung ausgewählter Forderungen aus den Europawahlprogrammen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP, AfD, Linkspartei und Bündnis Sarah Wagenknecht

Ansprechpartner: Daphne Wolter / Sebastian Weise

Bei der folgenden Synopse wurden die bereits veröffentlichten Wahlprogramme verschiedener deutscher Parteien analysiert und entlang acht inhaltlicher Felder und hierin enthaltener Unterthemen verglichen. Gegenstand der Synopse sind die Wahlprogramme von der SPD, der FDP, Bündnis 90 / Die Grünen, der AfD, der Linkspartei sowie dem Bündnis Sarah Wagenknecht. Die Freien Wähler und die CDU sind aufgrund nicht-veröffentlichter Wahlprogramme nicht aufgeführt (Stand 16.02.2024). Die Synopse ist ein Produkt der Hauptabteilung Analyse und Beratung. Als Ansprechpartner für diese Publikation stehen Fr. Daphne Wolter, Abteilungsleiterin Demokratie, Recht und Parteien, sowie Sebastian Weise, Referent für Digitale Demokratie und Parteienanalyse, für mögliche Rückfragen zur Verfügung.

Inhaltsverzeichnis

Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik I (Europäische Armee / NATO / Nuklearer Schutz)	3
Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik II (Verhältnis zu den USA / Russland / Frankreich / Israel)	5
Erweiterung der EU und Reform der EU	10
Innere Sicherheit und Migration I (Frontex, Begrenzung illegale Migration, Gewalt gg. Frauen und Kinder, Europol)	13
Innere Sicherheit und Migration II (Fachkräfteeinwanderung)	20
Wirtschaft, Klima und Verkehr I (Datenschutz, Klimaziele, European Green Deal)	21
Wirtschaft, Klima und Verkehr II (Atomkraft, Gebäudesanierung, Energieversorgung)	24
Wirtschaft, Klima und Verkehr III (Verbot Verbrennermotor / Führerschein / Europäisches Verkehrsnetz)	29
Gesundheit (Heilpraktiker / Privatisierungstendenzen)	31
Landwirtschaft (Förderung / Umgang mit Wölfen)	32
Soziales und Finanzen I (EU-Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherungssysteme)	35
Soziales und Finanzen II (Schuldenaufnahme der EU / Einlagensicherung und Sparen / Besteuerung von Großkonzernen)	36
Junge Generation und Frauen (Gleichstellung / Gender-Pay-Gap)	39
Impressum	42

Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik I (Europäische Armee / NATO / Nuklearer Schutz)

	Europäische Armee/Streitkräfte	NATO	Nuklearer Schutz
SPD	<ul style="list-style-type: none">- „Vision einer europäischen Armee“- Mehr Kooperation / Investitionen bei Rüstungsprojekten- Initiativen zur Abrüstung vorantreiben	<ul style="list-style-type: none">- Mehr Verantwortung und europ. Säule in der Nato stärken- Transport von Verstärkungskräften an NATO-Ostflanke erleichtern und Einsatz einer dt. Brigade in Litauen- Aufbau European Sky Shield (ESSI)	<ul style="list-style-type: none">- Bekenntnis zum langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt
Bündnis 90 / Die Grünen	<ul style="list-style-type: none">- Keine Vision einer europäischen Armee stattdessen Fokus auf die Integration und Interoperabilität der Streitkräfte sowohl im europ. als auch transatlantischen Rahmen- Ausbau der verstärkten Zusammenarbeit der Streitkräfte, z.B. innerhalb von permanenten EU-Einheiten oder transnationalen Verbänden (z.B. Deutsch-Niederländisches Corps)- Weitere Vertiefung von PESCO	<ul style="list-style-type: none">- Klares Bekenntnis zu den Bündnisverpflichtungen im Rahmen der NATO und zum Schutz der baltischen Staaten durch verstärkte Koop. und Stationierung von Bundeswehreinheiten- Stärkung der europ. Säule in der NATO und Vertiefung der EU-NATO-Zusammenarbeit- Türkei in der NATO weiter strategischer, wenn auch herausfordernder Partner	<ul style="list-style-type: none">- Bekenntnis zum Ziel einer atomwaffenfreien und friedlichen Welt- Die EU soll sich für eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als zentraler Pfeiler der nuklearen Rüstungskontrolle einsetzen.
FDP	<ul style="list-style-type: none">- Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle- PESCO soll stärker koordiniert und gebündelt werden- Europäischer Verteidigungsfonds soll ausgebaut werden	<ul style="list-style-type: none">- Unterstützung der Beitrittsperspektive der Ukraine- unkompliziertere Rüstungsexporte an demokratische Partner / NATO-Staaten- Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO und der politischen Handlungsfähigkeit der EU-Partner im Bündnis- Stärkung der NATO-EU-Beziehungen	<ul style="list-style-type: none">- Keine inhaltliche Positionierung im Europawahlprogramm- Statement des verteidigungspol. Sprechers Alexander Müller: „Eine eigene atomare Bewaffnung Deutschlands schließe ich aus. Der Atomwaffensperrvertrag ist eine Errungenschaft, an der nicht gerüttelt werden darf.“ (Link)- Prüfung und Beratung eines europäischen Nuklearschirms, der von Präsident Macron vorgeschlagen wird (Link)

	Europäische Armee/Streitkräfte	NATO	Nuklearer Schutz
Alternative für Deutschland	<ul style="list-style-type: none">- Ablehnung einer europäischen Armee- Bundeswehr als zentraler Eckpfeiler deutscher Souveränität- Betonung DEU und seine europ. Nachbarn müssten „endlich weitgehende militärische Autonomie erlangen“ und strategische Autonomie erreichen.- Mit starken eigenen Streitkräften sollen zukünftig US-Truppen ersetzt werden	<ul style="list-style-type: none">- NATO ist als Verteidigungsbündnis wesentlicher sicherheitspolitischer Eckpfeiler- Allerdings sollen NATO-Einsätze ausschließlich unter UN-Mandat stattfinden und eine dt. Beteiligung nur erfolgen, wenn es nationale Interessen entspricht- Schwerpunkt der Bundeswehr soll auf Landesverteidigung & Sicherung der Handelswege liegen	<ul style="list-style-type: none">- Keine inhaltliche Positionierung im Europawahlprogramm- Statement des verteidigungspolitischen Sprechers Rüdiger Lucassen: Aufbau atomarer Fähigkeiten für eine „konsequente und glaubhafte Abschreckung“; „Wer sich für ein sicheres und souveränes Deutschland einsetzt, der muss deshalb auch die Option eigener nuklearer Fähigkeiten prüfen.“ (Link)- Möglichkeit eigener Atomwaffen für die Bundeswehr und Befürwortung des Abzugs US-amerikanischer Atomwaffen (Link)
Bündnis Sarah Wagenknecht	<ul style="list-style-type: none">- Keine inhaltliche Positionierung hierzu allerdings klares Bekenntnis gegen jegliche Form von Militarisierung und für eine „Für eine EU der Abrüstung und Diplomatie“- Betonung der Notwendigkeit die sicherheitspolitische Eigenständigkeit der EU sicherzustellen- Keine unnötige Involvierung in Großmachtkonflikte- Rückbau militärischer EU-Strukturen und Instrumente- Beibehaltung Einstimmigkeitsprinzip in der GASP /GSVP- Waffenexporte stoppen	<ul style="list-style-type: none">- Keine inhaltliche Positionierung innerhalb des Wahlprogramms	<ul style="list-style-type: none">- Keine inhaltliche Positionierung

	Europäische Armee/Streitkräfte	NATO	Nuklearer Schutz
Linkspartei	<ul style="list-style-type: none"> - Ablehnung einer EU-Armee und jeglicher „Militarisierungstendenzen“ in der EU - Auflösung der EU-Battlegroups sowie der „Verteidigungsagentur“ und des Verteidigungsfonds der EU - Abrüstung der Streitkräfte in Europa; - Betonung der Notwendigkeit einer konventionellen Rüstungskontrolle in Europa 	<ul style="list-style-type: none"> - Stopp der Unterstützung der NATO sowie jener NATO-Verbündeter (Türkei unter dem Regime von Recep Tayyip Erdoğan oder Saudi-Arabien wg. Krieg im Jemen), welche das Völkerrecht missachten - Verurteilung der Aufrüstung von NATO-Staaten zugunsten profitierender Rüstungskonzerne - NATO ist keine „Wertegemeinschaft“ - Kritik an NATO-Partnern, allen voran den USA und der Türkei 	<ul style="list-style-type: none"> - Forderung nach Verhandlungen zwischen der NATO und Russland über die Eliminierung taktischer Atomwaffen

Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik II (Verhältnis zu den USA / Russland / Frankreich / Israel)

	Verhältnis zu den USA	Verhältnis zu Russland	Verhältnis zu Frankreich	Verhältnis zu Israel
SPD	<ul style="list-style-type: none"> - „Die USA sind Europas wichtigster Sicherheitspartner weltweit sowie einer der zentralsten Wirtschafts- und Handelspartner“ - Vertiefung der Handelsbeziehungen u.a. im Rahmen des TTC (<i>Trade and Technology Council</i>) - Ziel gemeinsamer transatlantischer Handelsraum - Betonung der Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft im Sicherheitskapitel als 1) enge und verlässliche Wertepartner- 	<ul style="list-style-type: none"> - Klare Verurteilung des Angriffskriegs auf die Ukraine - Aggressor gegen die europäische Friedensordnung - Reduzierung aller Abhängigkeiten von Russland 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm

	Verhältnis zu den USA	Verhältnis zu Russland	Verhältnis zu Frankreich	Verhältnis zu Israel
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>schaft (Auseinandersetzung mit autokratischen Herausforderern) für deren Erhalt Europa mehr tun muss; gleichzeitig zu der Intensivierung muss Europa seine strateg. Partnerschaften aber auch diversifizieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zusammenarbeit bei der Verhinderung der Nuklearisierung Irans - Enge Partnerschaft beim Schutz der europ. Friedensordnung. - Gleichzeitig ebenso Wettbewerber um die Technologieführerschaft im 21. Jahrhundert (IRA) als auch Partner bei dessen Gestaltung (<i>Trade and Technology Council</i>) 	<ul style="list-style-type: none"> - Klare Verurteilung des Angriffs-kriegs / Attacke auf die europ. Friedensordnung sowie des autoritären Regimes als Bedrohung liberaler und offener Gesellschaften generell - Präzedenzfall warum man Abhängigkeit reduzieren muss - Referenz um Nachrichtendienste effektiver aufzustellen - Übernahme aller Sanktionen gg. Russland von mgl. EU-Beitrittsstaaten - Forderung der Kompensation von Kriegsschäden und die Ukraine - Betonung der engen Partnerschaft zw. RUS und China 	<ul style="list-style-type: none"> - keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm - einzige Referenz bei der Schaffung eines europ. Kulturpasses 	<ul style="list-style-type: none"> - starke Solidarität mit Israel (siehe Parteitagsbeschluss, Link)
FDP	<ul style="list-style-type: none"> - Betonung der hohen Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft - Neuer Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA, beispielsweise in den Bereichen kritische Rohstoffe und Metalle oder Industriezölle 	<ul style="list-style-type: none"> - Forderung der Isolation Russlands in multilateralen Organisationen - Ausweitung der Wirtschaftssanktionen zu einem vollständigen Embargo und Aussprache von personenbezogenen Sanktionen inklusive Visaentzug und Ausweisung 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm 	<ul style="list-style-type: none"> - Umfassendes Freihandelsabkommen mit Israel aufnehmen - EU ist wichtigster Handelspartner von Israel - Israel hat extrem starken Hochtechnologiesektor (Potenzial für Partnerschaften) - Wasserstoffpartnerschaft

	Verhältnis zu den USA	Verhältnis zu Russland	Verhältnis zu Frankreich	Verhältnis zu Israel
FDP	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz für einen transatlantischen Wirtschaftsraum sollte eine Priorität der Kommission sein - <i>Trade and Technology Council</i> (TTC) muss die Grundlage für diesen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung der Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs und Schaffung eines Sondertribunals für das Verbrechen des Angriffskriegs - Putin und Funktionäre müssen strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden - Unterstützung der russischen Opposition 		<ul style="list-style-type: none"> - Befürwortung einer verhandelten Zweistaatenlösung - Bis zum Zeitpunkt der Überführung von UNRWA in die Strukturen von UNHCR, UNDP, WFP etc. ist die Wiederaufnahme der Zahlungen nur in enger Abstimmung mit Israel und den USA möglich - Unkompliziertere Rüstungsexporte an demokr. Partner wie Israel - Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels unverhandelbar - Uneingeschränkt an Seite Israels - Kein Missbrauch von EU-Hilfsgeldern für Terror und Antisemitismus - Forderung eines globalen Sanktionsregimes gegen antisraelischen Terror
Alternative für Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> - Forderung nach einer „Partnerschaft „auf Augenhöhe“ - Ausbau des wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Austausches - Eigenständige Formulierung von dt. Interessen mit europäischer Abstimmung - Loslösung aus zu enger Bindung an die USA 	<ul style="list-style-type: none"> - Klar pro-russische Positionierung - Sanktionen gegen Russland sollen aufgehoben und die Handelsbeziehungen wiederhergestellt werden - Russland war über Jahrzehnte ein Garant der sicheren und preiswerten Energieversorgung 	<ul style="list-style-type: none"> - Lediglich negative Referenz für verfehlte Integrations- und Migrationspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm

	Verhältnis zu den USA	Verhältnis zu Russland	Verhältnis zu Frankreich	Verhältnis zu Israel
Alternative für Deutschland		- Forderung der Instandsetzung der Nord-Stream-Leitungen		
Bündnis Sarah Wagenknecht	<ul style="list-style-type: none"> - Positionierung in neuer Äquidistanz zu China und den USA - EU muss Eigenständigkeit erlangen; - Fortbestehen des „Junior-partner-Daseins“ hätte gravierende Folgen - Europa darf nicht digitale Kolonie der USA sein - Abzug US-amerikanischer Atomwaffen aus EU-Mitgliedstaaten - wirtschaftliche Beziehungen sollten aber weiter gepflegt werden 	<ul style="list-style-type: none"> - Appeasement-Politik gegenüber Russland und Einbindung bei der Schaffung einer neuen europ. Friedensordnung - Atommacht Russland muss Teil der europäischen Friedensordnung sein - Sanktionen gg. Russland seien weitestgehend wirkungslos und schaden allein Deutschland und Europa - Forderung der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen, allen voran von Gaslieferungen - Siehe auch Energieversorgung 	<ul style="list-style-type: none"> - Alleinig negative Referenz, sei Frankreich doch ein Beispiel für eine verfehlt Einwanderungspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine Nennung - Lafontaine wirft Israel Kriegsverbrechen vor (Parteitag Link)
Linkspartei	<ul style="list-style-type: none"> - Solidarisch mit Assange und Snowden, welche als bedeutende Whistleblower angesehen werden - Verurteilung der umfassenden Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba 	<ul style="list-style-type: none"> - Konsequente Durchsetzung der EU-Sanktionen gegen russischen Machtapparat, Oligarchen und den militärisch-industriellen Komplex - Verstärkung diplomatischer Bemühungen statt Beförderung des Abnutzungskriegs - Kritik an Russland und dessen Großmachtstreben 	<ul style="list-style-type: none"> - Befürwortung der Proteste in Frankreich gegen die dortige „unsoziale“ Rentenreform 	<ul style="list-style-type: none"> - keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm

Verhältnis zu den USA	Verhältnis zu Russland	Verhältnis zu Frankreich	Verhältnis zu Israel
Linkspartei	<ul style="list-style-type: none">- Stärkung der Antikriegsbewegung beim Aggressor Russland- Unterstützung des Widerstandes in Russland gegen Krieg und Diktatur- Auch Russland muss sich im Bereich der Menschenrechte und internationaler Gerichtsbarkeit verantworten		

Erweiterung der EU und Reform der EU

Erweiterung der EU

SPD

- Für Beitritt der westlichen Balkan-Staaten: „allerhöchste Zeit, die Staaten des westlichen Balkans zügig in die Mitte unserer Gemeinschaft aufzunehmen, wenn die Beitrittskriterien erfüllt sind“
- Ukraine soll ein Teil der EU werden, sobald sie die Aufnahmekriterien erfüllt
- Weitere Kandidaten als Bestandteil einer EU-Ostpolitik: Moldau sowie Georgien (perspektivisch)
- Zusätzlich zur Erweiterung soll das Instrument der Europäischen Politischen Gemeinschaft ausgebaut werden und Partnerschaften mit Nachbarn insbesondere in den Bereichen nachhaltige Energie, Infrastruktur und Sicherheit ausgebaut werden.
- Strategischer Schwerpunkt: Demokratischer Ostseeraum

Bündnis 90 / Die Grünen

- Man positioniert sich klar zu Gunsten der EU-Erweiterung, wenn Länder die Kriterien erfüllen, betont aber hierfür notwendigen Reformbedarf der EU
- Konkrete Länder: Ukraine klarer Beitrittskandidat ("Ihr Platz ist in der EU") / Westbalkan: Zukunft von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien soll in der EU liegen /
- Georgien und Moldau klare Kandidaten /
- Türkei aktuell kein Beitrittskandidat, sollte sich die Lage in dem Land aber substantiell verändern, hätte eine demokratische Türkei einen festen Platz in der EU

Reform der EU

- Gegen Veto-Recht im Europäischen Rat (für Mehrheitsentscheidungen)
- Für Entziehung des Stimmrechts einzelner Staaten bei systematischer Verletzung der Grundwerte
- Initiativrecht des Europäischen Parlaments
- Gründung einer europäischen Ethikbehörde
- Grundlegende Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen statt Einstimmigkeitsprinzip
- Stärkeres Genderbalancing (siehe Frauen)
- Intensiver Nutzung der Möglichkeit zur verstärkten Zusammenarbeit (Klausel)
- Vertragsänderungen vorgesehen
- Das Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt sein / gleichberechtigt Gesetze beschließen und Beschlüsse fassen (etwa in der Steuer- oder Sicherheitspolitik) / ein vollwertiges legislatives Initiativrecht erhalten / Untersuchungsausschüsse leichter einberufen können / die Kommission auf Vorschlag der Kommissionspräsidentin wählen und entlassen können.
- Einführung europ. Wahllisten mit Spitzenkandidaten, aus denen dann die Kommissionspräsidentin gewählt wird, evtl. weitere Absenkung des Alters auf 16 oder gar weniger, Jeder EU-Bürger soll an seinem jeweiligen Lebensmittelpunkt wählen

Erweiterung der EU

Bündnis 90 / Die Grünen

- Die Tür für flexible Integration ist offen, aber klare Kriterien müssen erfüllt werden.
- Unterstützung der Beitrittsgespräche mit Moldau und der Ukraine
- Beitrittsverhandlungen mit der autoritär regierten Türkei beenden

Alternative für Deutschland

- Keine Erweiterung ohne Volksabstimmung
- Sofortiger Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Einstellung der finanziellen Heranführungshilfen

Reform der EU

- Grundrechtecharta der EU soll in allen Mitgliedsstaaten auch bei rein nationalen Angelegenheiten gelten und einklagbar sein
- Stärkung der Durchsetzbarkeit der Urteile des Europäischen Menschenengerichtshofs
- Rechtsstaatscheck soll gestärkt und das Rechtsstaatsverfahren nach Art 7. wieder nutzbar gemacht werden. Hierzu sollen Mitgliedstaaten im
- Rat der EU (Ministerrat) und im Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr mit Konsens, sondern mit qualifizierter Mehrheit abstimmen
- Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden
- Stärkung partizipativer Elemente und direkter Bürgerkonsultationen

- Verkleinerung der EU-Kommission auf 18 Kommissare
- Sitz des EU-Parlaments in Brüssel
- Vorschlagsrecht für den Kommissionspräsidenten
- EU-Direktwahlakt: Wahlalter 16, europäische Wahllisten, gemeinsamer Wahltag und Spitzenkandidatenprinzip
- Ausarbeitung einer föderalen Verfassung für die EU, sodann gesamt-europäische Volksabstimmung darüber

- Renationalisierung statt EU-Weiterentwicklung
 - EU ist als „gescheitertes Projekt“ ein „reformunfähiges Konstrukt“
 - Schengener Abkommen bedarf einer umfassenden Reform
 - Reform der EU-Eigenmittel
 - Reform des Geldsystems: Freier Währungswettbewerb oder goldgedeckte Währung
 - Wiedereinführung nationaler Währungen inkl. einer „D-Mark“
 - „Bund europäischer Nationen“ als neue Wirtschafts- und Interessensgemeinschaft
 - Reform des EU-Vergaberechts
-

Erweiterung der EU

- Bündnis Sarah Wagenknecht**
- Solidarische Nachbarschaftspolitik statt Erweiterung
 - Ablehnung von Beitritt der Ukraine, Moldau und Georgien

Reform der EU

- Haushaltsverfahren muss reformiert werden
- Reform des Vergaberechts
- Reform der „starrten“ Regeln der europäischen Schuldenbremse
- Reform der EU-Handelspolitik: Handelsabkommen dürfen nicht zur Billigkonkurrenz für europ. Hersteller führen
- Reform der Flüchtlings- und Migrationspolitik
- Ziel: „Selbstbewusstes Europa souveräner Demokratien“ basierend auf gleichberechtigter Kooperation, gemeinsamer Wirtschaftsprojekte, einem einheitlichen Binnenmarkt mit fairen Regeln und kulturellem Austausch

-
- Linkspartei**
- Kritik an EU-Erweiterungspolitik: EU habe in der Erweiterungspolitik vermeintlich ihren Kompass verloren: bei der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Förderung rechtsstaatlicher Prozesse in den Kandidatenländern, dem Kampf gegen den Klimawandel und für soziale Teilhabe. Stattdessen werde ein politisch instrumentelles, rein ökonomisches Interesse an der Zusammenarbeit mit diesen Nachbarstaaten der EU verfolgt
 - Ablehnung einer ausschließlich ökonomisch intendierten, interessen geleiteten Erweiterungspolitik, die den europ. Binnenmarkt abschotten
 - Erweiterungen an soziale und demokratische Standards knüpfen
 - Erweiterungen nicht als politische Verhandlungsmasse für die geostrategischen Interessen von NATO und USA
-

- Reform des Bologna-Systems
- Reform des Fiskalpaktes
- Reform des Abstammungsrechts, damit Kinder in Regenbogenfamilien gleiche Rechte haben

Innere Sicherheit und Migration I (Frontex, Begrenzung illegale Migration, Gewalt gg. Frauen und Kinder, Europol)

	Begrenzung illegaler Migration & Frontex & Binnengrenzkontrollen	Gewalt gegen Frauen	Gewalt gegen Kinder	Europol
SPD	<ul style="list-style-type: none"> - Fokus auf Prüfung des individuellen Asylanspruchs - Monitoring nationaler Aktivitäten Migration und Asyl - keine Asylverfahren in Drittstaaten, regelmäßige Überprüfung der Sicherheitslage in den Herkunftsländern - mehr finanzielle Unterstützung für Städte und Kommunen – Fokus auf bessere Integration statt Begrenzung - Forderungen nach mehr Transparenz und Kontrolle von Frontex 	<ul style="list-style-type: none"> - Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch alle Mitgliedsstaaten - Starker Fokus auf Prävention (gendersensible Bildungsprogramme, Gewaltprävention, Veränderung gewaltfördernder Strukturen) und Verfolgung von Gewalt gegen Frauen - Stärkung der Gleichberechtigung als ein Schlüssel - Anerkennung geschlechtsspezifischer Gewalt als europaweiter Straftatbestand 	<ul style="list-style-type: none"> - Verstärkter Fokus auf Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Frauen (Menschenhandel, OK) 	<ul style="list-style-type: none"> - mehr Kooperation von Polizei, Sicherheits- und Justizbehörden, insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Cyberkriminalität - Stärkung des Zusammenspiels von europ. Strafverfolgungsbehörden und -agenturen generell - Darüber hinaus grundlegend Forderung nach mehr grenzüberschreitender Kooperation von Polizei, Sicherheits- und Justizbehörden
Bündnis 90/ Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> - Postuliertes Gleichgewicht von Humanität & Ordnung aber kaum Maßnahmen zur Reduzierung illegaler Migration, erst recht keine kurzfristig wirkenden Maßnahmen (Fokus weitaus mehr auf Humanität statt Ordnung) - Ablehnung des Konzepts sicherer Herkunftsstaaten 	<ul style="list-style-type: none"> - Klare Positionierung für die Prävention, Verfolgung und Verurteilung von Gewalt gegen Frauen. - Neue EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt soll zügig verabschiedet und umgesetzt werden. - Stärkere Bekämpfung des Menschenhandels 	<ul style="list-style-type: none"> - 2 Absätze zu den Themen „Kinderarmut abbauen“ & „Kinderrechte stärken“ - besonderes Augenmerk soll auf dem Schutz der Kinder vor Gewalt und Vernachlässigung liegen. - Weiterentwicklung & konsequente Umsetzung EU-Kinderrechtsstrategie 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau Europol eigene operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität - Hierzu Weiterentwicklung Europol-Informationssystem (EIS) Stärkung Aufsicht Europol durch EU-Parlament / Ausbau zu einer europ. Polizei nach dem Vorbild des BKA mit eigenen Ermittlungsteams

	Begrenzung illegaler Migration & Frontex & Binnengrenzkontrollen	Gewalt gegen Frauen	Gewalt gegen Kinder	Europol
Bündnis 90/ Die Grünen	<ul style="list-style-type: none">- Fluchtursachenbekämpfung (Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe / faire Handelsbeziehungen / strukturbildende Hilfen)- Positionierung gegen Asylrechtsverschärfungen („bekämpfen keine Ursachen“)- Förderung legaler Migration von Fachkräften und Arbeitskräften- Durchsetzung einer geordneten und fairen Verteilung von „Schutzsuchenden“- Beschleunigung von Abschiebungen, wenn Rechtsmittel ausgeschöpft sind;- keine Abschiebungen in Länder mit probl. Menschenrechtslage- staatlich finanzierte und koordinierte Seenotrettung- Grenzkontrollen an Außengrenzen soll EU-Gemeinschaftsaufgabe sein, durchgeführt von europ. Beamten – keine Binnengrenzkontrollen erwähnt- Stärkung der parlamentarischen Kontrolle von Frontex und mehr Transparenz	<ul style="list-style-type: none">- Ein wichtiger Baustein dafür ist auch die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen (siehe Gender-Pay-Gap)- Frauenrechte verknüpft mit LGBTQ* Rechten: “Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume, insbesondere auch für trans-, intersexuelle und nichtbinäre Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden- Stigmatisierung und Gewalt von Sexarbeiterinnen wird ebenso erwähnt.- Gewaltbetroffene Frauen sollen, wenn notwendig, einen eigenen Aufenthaltstitel erhalten	<ul style="list-style-type: none">- Förderung Forschungs- und Praxisprojekte im Bereich des Kinderschutzes	<ul style="list-style-type: none">- Stärkung der europ. Polizeiarbeit in Theorie und Praxis (Forschungskoop. + Erasmus +)

**Begrenzung illegaler Migration
& Frontex & Binnengrenzkontrollen**

Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Kinder

Europol

FDP

- Kurs der „neuen Realpolitik in der Migration konsequent umsetzen und vorantreiben“
- EU-Asylreform erfolgreich gestalten, um mit schnelleren Asylverfahren und konsequenten Rückführungen irreguläre Migration zu reduzieren
- geeignete Grenzschutzmaßnahmen sowie eine moderne Sicherheitstechnik zur Überwachung des Grenzbereichs an den EU-Außengrenzen
- Rückführung von Flüchtlingen in sichere Drittstaaten, falls sie über diese illegal einreisen
- Ausbau Frontex auf 10.000 Einsatzkräfte
- Seenotrettung durch Frontex
- Wenn möglich, Prüfung von Asylgesuchen vor Betreten der EU in sicheren Drittstaaten
- Einrichtung Europäischer Asylzentren an der EU-Außengrenze
- Siehe auch Sozialversicherung

- Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ratifizieren und umsetzen
- Achtung von reproduktiven Rechten und Gewährleistung des Rechts auf gesundheitliche Versorgung mit einem sicheren Schwangerschaftsabbruch in Europa
- Unterstützung eines europaweiten Endometriose-Aktionsplans

- Gewalt gegen Kinder kein spezifisches Thema
- Kindergeld an die Lebenshaltungskosten im Wohnsitzland des Kindes anpassen

- Europol muss zu einem Europäischen Kriminalamt ausgebaut werden
- Europol muss bei grenzüberschreitenden Sachverhalten sowie im Bereich der Gefahrenabwehr mit wirksamen Ermittlungsbefugnissen die Arbeit der Mitgliedstaaten koordinieren und unterstützen
- Weitere Investition in die bessere Ausstattung von Europol

	Begrenzung illegaler Migration & Frontex & Binnengrenzkontrollen	Gewalt gegen Frauen	Gewalt gegen Kinder	Europol
Alternative für Deutschland	<ul style="list-style-type: none">- Migrationspolitik alleinig nationale Angelegenheit – GEAS muss aus dem Europäischen Vertrag herausgelöst werden (Modell Dänemark)- Dualer Grenzschutz- Errichtung von Grenzanlagen- Einführung der Visumpflicht- Ggf. Einsatz von Streitkräften zur Wahrnehmung des Grenzschutzes- Am Transport von illegalen Migranten beteiligten Fluggesellschaften Landrechte entziehen- Kein Bleiberecht bei illegaler Einreise über das Mittelmeer- Hilfe vor Ort in Krisenregionen, um Flucht nach Europa zu verhindern („Migrations-vermeidung vor Ort“)- Asylverfahren nur in Drittstaaten durchführen und prüfen (Ruanda-Modell)- Besonders Schutzbedürftige sollen aus humanitären Erwägungen nur zeitweise und in klar begrenzter Anzahl aufgenommen werden	<ul style="list-style-type: none">- Keine substantielle Nennung dieses Thema im Europawahlprogramm	<ul style="list-style-type: none">- Maßnahmen explizit gegen Kindergewalt finden sich nicht- Alleiniger Verweis auf den notwendigen Schutz von Kindern/Jugendlichen vor islamistischer Indoktrination und Gender-Ideologie	<ul style="list-style-type: none">- Erwähnung von Europol als Beispiel einer illegitimen europäischen Zuständigkeit – statt europ. Institutionen wird mehr Kooperation nationaler Strafverfolgungs- und Justizbehörden gefordert

	Begrenzung illegaler Migration & Frontex & Binnengrenzkontrollen	Gewalt gegen Frauen	Gewalt gegen Kinder	Europol
Alternative für Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> - Direkte Abschiebung von Straftätern - Einführung konsequenter und effektiver Grenzkontrollen nach außen (Außengrenze gemeinsam europäisch) und innen (Etablierung von nationalen Grenzkontrollen an den jeweiligen Staatsgrenzen) - Siehe auch Sozialversicherungssysteme 			
Bündnis Sarah Wagenknecht	<ul style="list-style-type: none"> - Illegale Migration soll gestoppt werden - Bekämpfung von Schleppernetzwerken - Rechtsstaatliche Asylverfahren an den Außengrenzen und in Drittstaaten - Bekämpfung von Ursachen für Flucht u.a. durch Vermeidung von Militärinterventionen und Rüstungsexporten und diplomatische Lösungen bestehender Kriege und Konflikte - Stopp der gezielten Abwerbung von Fachkräften in außereurop. Staaten (<i>brain drain</i>) 	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm

	Begrenzung illegaler Migration & Frontex & Binnengrenzkontrollen	Gewalt gegen Frauen	Gewalt gegen Kinder	Europol
Bündnis Sarah Wagenknecht	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Qualifikation und Ausbildung von Menschen im globalen Süden - Stärkung internationaler Organisationen wie dem UNHCR 			
Linkspartei	<ul style="list-style-type: none"> - Befürwortung einer solidarischen und humanen Migrations- und Asylpolitik - Maßstab: Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention - Ablehnung der Verknüpfung von Entwicklungshilfe und „Abschottungsmaßnahmen“ - Ablehnung von innereuropäischen Grenzkontrollen - Frontex soll zu einer europ. Rettungsmission (Seenotrettung) umgewidmet werden – Forderung nach einer EU finanzierten Seenotrettungsmission - Überwachungsmechanismus von Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen (Pushbacks etc.) 	<ul style="list-style-type: none"> - Kopplung von Geschlechtergerechtigkeit und Klimagerechtigkeit - Einbindung von Fraueninitiativen bei zivilen Friedensmaßnahmen - Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen - Gesonderte Interessensvertretung und Sicherstellung der Unterbringung von geflüchteten Frauen - Flächendeckende Versorgung für von Gewalt betroffene Frauen: Schutzräume, Beratungsangebote, psychologische Begleitung - Stärkere finanzielle Förderung von unabhängigen Frauengesundheitseinrichtungen und 	<ul style="list-style-type: none"> - Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder spielt nur indirekt eine Rolle - Effektives europäisches Lieferkettengesetz, das wirksam gegen Kinderarbeit vorgeht - Flächendeckende Betreuungsangebote für Kinder - Bedarfs- und bedürfnisgerechte Unterbringung und Schutzräume für geflüchtete Kinder 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm

**Begrenzung illegaler Migration
& Frontex & Binnengrenzkontrollen**

Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Kinder

Europol

Linkspartei

- Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge sollen verbindliche Flüchtlingsrechte bekommen
- Ablehnung des GEAS-Systems
- Keine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten
- Dublin-System muss überwunden werden
- Uneingeschränkter Familiennachzug
- Europ. Fluchtumlage zur Schaffung besserer Integrationsstrukturen usw.
- Gegenentwurf zu jeglicher Begrenzung

- initiativen sowie der frauenspezifischen Gesundheitsforschung

Innere Sicherheit und Migration II (Fachkräfteeinwanderung)

Fachkräfteeinwanderung

SPD

- Potenzial inländischer Fachkräfte mehr ausschöpfen
 - schnellerer Weg für Fachkräfte in den Arbeitsmarkt (z.B. nach Vorbild dt. Fachkräfteeinwanderungsgesetz)
 - durch verbessertes EU-Fachkräfteeinwanderungsrecht Fachkräfte gezielt anwerben und dies europäisch organisieren
-

Bündnis 90 / Die Grünen

- Förderung von Fachkräftezuwanderung nach Europa, hierzu:
 - EU-Talente-Pool aufbauen
 - Stärkung einer aktiven Willkommenskultur
 - Ausbau des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)
 - Gleichzeitig darf der Braindrain in Entwicklungsländern nicht gefördert werden
-

FDP

- Europa ist dringend auf Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen
 - Befürwortung einer EU-Strategie für Fachkräftegewinnung
 - Ziel: Ermöglichung der unkomplizierten Mobilität von Drittstaatsangehörigen zum Zwecke der Erwerbstätigkeit durch harmonisiertes Fachkräfteeinwanderungsrecht
 - Etablierung eines modernen Zwei-Säulen-Systems: Blue Card auch für nichtakademische Fachkräfte und Kürzung von Mindestgehaltsgrenzen
 - Europäischer Talentpool mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild
 - Einwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in die sozialen Sicherungssysteme
 - Ausweitung des niederländischen Vorbilds eines einjährigen Orientierungsvisums für Absolventen der global besten 200 Universitäten auf die ganze EU
 - Gut integrierte Schutzsuchende sollen Möglichkeit haben, unkomplizierter in den Arbeitsmarkt integriert zu werden
-

Alternative für Deutschland

- „Japanisches Modell“ mit strengem Auswahlverfahren für außereuropäische Fachkräfte
 - Skepsis gegenüber Fachkräfteeinwanderung, aufgrund der Gefahr von Lohndumping und Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte
 - Wertvoll innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsraums der EU
-

Bündnis Sarah Wagenknecht

- Anwerbeprogramme in Ländern des Globalen Südens einstellen (führt zu Braindrain)
 - Fachkräftemangel primär durch verbesserte Ausbildung und angemessene Löhne beheben
-

Linkspartei

- Findet faktisch keine Erwähnung
 - Fachkräftemangel wird nur in bestimmten Sektoren angesprochen, etwa dem Care-Sektor. Hier sollte man Arbeitszeiten reduzieren, Löhne erhöhen und die Arbeitsbedingungen verbessern, so dass mehr Menschen in diesen Sektoren arbeiten.
-

Wirtschaft, Klima und Verkehr I (Datenschutz, Klimaziele, European Green Deal)

	Datenschutz	Klimaziele	European Green Deal
SPD	<ul style="list-style-type: none">- Stärkung Datenschutz („jegliche Form von Massenüberwachung lehnen wir ab“)- Ablehnung von Spähsoftware, anlassloser Speicherung von Daten und anlassloser Kontrolle digitaler Kommunikation	<ul style="list-style-type: none">- Bekenntnis zur Klimaneutralität Europas bis 2050 und Unterstützung eines ambitionierten Reduktionsziels bis 2040- Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 als wichtiger Beitrag	<ul style="list-style-type: none">- Soll zu einer umfassenden Standort- und Resilienz-Strategie weiterentwickelt werden, der die Wirtschaft Europas strategisch auf die Zukunft und die neuen Rahmenbedingungen im globalen Wettbewerb ausrichtet.- Hierbei sollen außerdem bürokratische Hindernisse abgebaut, Planungs- und Entscheidungsprozesse beschleunigt und Beihilfeprüfungen verkürzt werden.
Bündnis 90 / Die Grünen	<ul style="list-style-type: none">- Bekenntnis zum Datenschutz in versch. Kapiteln- Grundtenor: in Deutschland wäre Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig, in anderen EU-Staaten müssten die Regeln gegenüber den internationalen Digitalkonzernen konsequenter durchgesetzt werden	<ul style="list-style-type: none">- Europa soll der erste klimaneutrale Kontinent werden- Betonung, dass die EU auf die Erfüllung der Pariser Klimaziele eingeschwenkt ist und klares Bekenntnis zu den Pariser Zielen- Bis 2035 Energieversorgung 100% klimaneutral und damit kein Einsatz fossiler Brennstoffe in dem Bereich mehr- Dekarbonisierung des Verkehrs, Industrie, Wärmeversorgung ohne konkrete Zeitangabe („in den nächsten Jahren“)- Beenden der Kohleverstromung in Europa bis 2030	<ul style="list-style-type: none">- Klare Bekenntnis zum Green Deal und dessen Fortschreibung- Noch offene Gesetzesvorhaben aus dem Green Deal sollen umgesetzt werden (Rohstoffsicherheit / Umweltschutz)- Wird als Projekt der Grünen geframed- ab 2028 großes Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität Resilienz mit drei Zielen: 1) Erstens Umsetzung einer Infrastrukturunion voll ausgebautes, integriertes und an die sich verschärfende Klimakrise angepasstes europäisches Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz.- 2) klimaneutraler Umbau der Industrie und Aufbau der Industrien von morgen (Industriepolitik)- 3) Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaften gegenüber Autokratien (Unabhängigkeit)

	Datenschutz	Klimaziele	European Green Deal
FDP	<ul style="list-style-type: none"> - Europäischer Datenschutz mit einem Fokus auf Datensouveränität und informationeller Selbstbestimmung soll die Grundlage für faire und funktionierende Datenökonomie darstellen - DSGVO entbürokratisieren und weiterentwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> - Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad begrenzen - Priorisierung von Emissionshandel und Technologieoffenheit, um europäische Klimaziele zu erreichen - Luftverkehr soll ohne Verbote und zusätzliche Steuern und Abgaben bis 2050 klimaneutral werden (Instrument Bepreisung von CO2-Emissionen über den Emissionshandel und das „Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation“) - Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhauslimit vorgibt - Mittelfristiges Ziel ist eine einheitliche CO2-Bepreisung - Ablehnung von kleinteiligen Regulierungen wie die Ökodesign-Verordnung und die Ökodesign-Richtlinie oder zusätzliche CO2-Bepreisungen durch Energiesteuern - Etablierung eines internationalen Emissionshandelssystems - Klimaclub muss erweitert werden - „Clean Development Mechanism“ nach Artikel 6 des Pariser Abkommens stärken 	<ul style="list-style-type: none"> - Kritische Positionierung zum Green Deal - Forderung einer Regulierungspause beim Green Deal. - Unternehmen brauchen zunächst ausreichend Spielraum, um die bereits festgelegten Ziele umzusetzen - Green setzt bei der Umsetzung auf falsche Instrumente: <i>es ist nicht die Aufgabe der EU, Unternehmen durch Detailsteuerung zu bevorzugen, Absätze zu garantieren, Ressourcen zuzuteilen und Preise künstlich festzusetzen</i>
Alternative für Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> - DSGVO ist überbordende Bürokratie durch die EU - Notwendigkeit einer bürgerfreundlichen nationalen Regelung 	<ul style="list-style-type: none"> - Verweis auf Lobbyinteressen im Deckmantel „sogenannter Klimaschutzpolitik“ - Keine Nennung von expliziten Klimazielen im Europawahlprogramm 	<ul style="list-style-type: none"> - „Ideologisch motivierte, billionenschwere Umverteilungsmaschinerie führt zu Deindustrialisierung und Naturzerstörung“ - Abschaffung aller Klimaschutzgesetze

	Datenschutz	Klimaziele	European Green Deal
Bündnis Sarah Wagenknecht	<ul style="list-style-type: none">- Keine substantielle Nennung im Europa-wahlprogramm	<ul style="list-style-type: none">- Klimapolitik und Umweltschutz sollen durch technologische Innovation, öffentliche Förderung und vernünftige Anreize vorangebracht werden, wobei hier das Ziel einer klimaneutralen und naturverträglichen Wirtschaft erreicht werden soll- Dies ist die einzige Zielformulierung – konkrete Klimaziele werden nicht genannt	<ul style="list-style-type: none">- Ablehnung des Green Deal: „Green New Deal“ und seine Folgeprogramme hingegen sind von Lobbyinteressen geprägt, schlecht durchdacht, schlecht gemacht und vielfach klimaschädlich“- „Die Grüne Taxonomie der EU ist vor allem ein bürokratisches Regelungsmonster, das der produktiven Wirtschaft nutzlose Berichtspflichten auferlegt und dadurch besonders Mittelständler schädigt.“
Linkspartei	<ul style="list-style-type: none">- Verhinderung weiterer Kommerzialisierung- von Daten bei der DSGVO und Sektor-bezogener Datenregulierung- EU muss Druck auf Irland machen, damit Milliardenstrafen gegen Facebook wegen Datenschutzverstöße verhängt werden- Datenaustausch mit den USA verstößt gegen den europäischen Datenschutz und muss beendet werden- Forderung der Erstellung der „lang geplanten“ E-Privacy-Verordnung (stärkerer Schutz digitaler Kommunikation)	<ul style="list-style-type: none">- Europa soll bis 2040 klimaneutral sein- EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um mindestens 70 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis zum Jahr 2040 um 90 bis 95 Prozent- EU-Emissionshandel (ETS 1) ist so zu gestalten, dass die Menge der Zertifikate auf das CO2-Restbudget der EU begrenzt wird, um die Pariser Ziele zu erreichen- Siehe auch Energieversorgung	<ul style="list-style-type: none">- „Green Deal“ der EU reicht nicht einmal dafür aus, die selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen- Ziel solcher Investitionsprogramme ist ein grün angestrichener Kapitalismus, sie verbessern allein die Wettbewerbsfähigkeit der Konzerne

Wirtschaft, Klima und Verkehr II (Atomkraft, Gebäudesanierung, Energieversorgung)

Atomkraft	Gebäudesanierung	Energieversorgung
<ul style="list-style-type: none">- Ablehnung von Atomenergie und deren Förderung durch EU-Mittel („ . Es sollen keine- Steuergelder in die teure und unzuverlässige Hochrisikotechnologie Kernenergie fließen).- Keine Referenz auf Kernfusion	<ul style="list-style-type: none">- Gebäudebestand in Europa soll für die Klimaziele 2030 bzw. 2045 fit gemacht werden- Ablehnung jeglicher Form von individuellen Sanierungspflichten für die Bürgerinnen und Bürger- Referenz für Gebäudesanierung sollen niemals einzelne Gebäude, sondern Quartiere und Gemeinden sein	<ul style="list-style-type: none">- Investitionen in Technologie, Energieversorgung, Infrastruktur- Ausbau erneuerbarer Energien hat „absoluten Vorrang“- Energieversorgung soll in europäischer, nachhaltiger und offener Energieunion gesichert werden- Erstellung einer koord. EU-Rohstoff-Strategie- Forderung nach europ. Rahmen für Brückentromppreise- Umfassende Förderung erneuerbarer Energien, hierzu Steigerung der Energieeffizienz / Dekarbonisierung Verkehr & Industrie & Wärmeversorgung / massive Investitionen in den Ausbau von Windkraft-, Photovoltaik-, Solar und Geothermieanlagen, Energiespeichern / sowie Abwärmenutzung und Wärmepumpen- Reform des Strommarktdesigns, um Preisbildung auf EE auszurichten- Ggf. Gewinnabschöpfung und Weitergabe von Kostenvorteilen an Verbraucher- Austritt der gesamten EU aus dem klimafeindlichen Energiechartavertrag- Diversifizierung und Ausbau von nachhaltigen Energiepartnerschaften in der Nachbarschaft und weltweit- Energiewende als Chance für ländliche Räume (Wohlstand / Unabhängigkeit)

SPD

Atomkraft

- Ablehnung von Atomenergie generell und der Einstufung dieser als nachhaltige Energiequelle oder als Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels
- Ob Kernfusion hilfreich sein kann, wird erst die zukünftige Forschung beweisen

Gebäudesanierung

- "Der neue europäische Emissions-handel für Gebäude und Wärme soll Mehreinnahmen bringen, die für ein Klimageld pro Kopf genutzt werden sollen"
- Verweis auf Holz als wertvollen Baustoff und Kreislaufwirtschaft für die Bauindustrie
- Bei der Sanierung von Bestandsbauten sollen durch gezielte Investitionen die Wohnkosten gesenkt werden
- Fokus für die Investitionen liegt auf Beratung und Anreizstrukturen

Energieversorgung

- Aufbau einer echten Energieunion mit effizienter und nachhaltiger Energieversorgung über Erneuerbare
- massive Investitionen in den Ausbau von Windkraft-, Fotovoltaik-, Solar- und Geothermieanlagen, Energiespeichern aller Art, sowie Abwärmenutzung und Wärmepumpen
- Schaffung einer Infrastrukturunion auch im Bereich der Energieversorgung – Stromnetze weiter ausbauen
- Strommarktdesign, die Netzentgelte und die Regulierung von Energiespeichern aller Art sollen zielgerichtet auf ein System aus 100% erneuerbarer Energien und die Integration der Verkehrs-, Wärme- und Industriesektoren ausgerichtet werden
- Setzt auf Teilhabe von Verbrauchern an Kostenvorteilen erneuerbarer Energien
- Lehnt Kohleenergie ab und möchte Regionen beim Ausstieg bis 2030 unterstützen
- Grüner Wasserstoff soll wichtiger Bestandteil der zukünftigen Energieversorgung. Hierzu sollen u.a. Investitionen in ein neues transeuropäisches Wasserstoffkernnetz sowie ein globaler Markt für Grünen Wasserstoff aus- bzw. aufgebaut werden
- Weiterhin sollen kommunale und bürger-nahe Projekte für die Energieversorgung vor Ort gefördert werden
- Wollen Übergewinne von Energiekonzernen abschöpfen

**Bündnis 90 /
Die Grünen**

	Atomkraft	Gebäudesanierung	Energieversorgung
FDP	<ul style="list-style-type: none">- Kernfusion bietet das Potential, Energie in Zukunft klimaneutral und sicher zu erzeugen- Verweis auf sog. SM-Reaktoren sog. Small Modular Reactors als Zukunftstechnologie für die Energieversorgung- Schaffung eines innovationsfreundlichen Rechtsrahmens außerhalb des Atomrechts für die Kernfusion	<ul style="list-style-type: none">- Ablehnung der europäischen Gebäudeeffizienzrichtlinie- Der ETS 2 führt dazu, dass kostengünstig dort saniert wird, wo die CO2-Vermeidungskosten am geringsten sind	<ul style="list-style-type: none">- Setzt auf Technologieoffenheit und beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren- Neues marktwirtschaftliches Strommarktdesign zur Ermöglichung einer klimaneutralen, sicheren und kostengünstigen EV- Preisbildung soll lokale Verfügbarkeit von Strom beachten- Energiespeicher und Erneuerbare Energien müssen im Markt integriert werden und ohne staatliche Hilfen auskommen- Schaffung eines Europäischen Energiebinnenmarktes- Fordert Energie- und Rohstoffpartnerschaften zwecks Diversifizierung- Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe bieten große Chancen als Energiespeicher- Zwangsentflechtung von Gas- und Wasserstoffnetzbetrieb verhindern
Alternative für Deutschland	<ul style="list-style-type: none">- Kernenergie bietet umweltfreundliche und preisgünstige Energieversorgung- Kernenergieforschung wieder aufnehmen- Deutschland und EU müssen zu führenden Anbietern der Kernenergie werden- Regulatorische Benachteiligung von Kernenergie soll aufgehoben werden	<ul style="list-style-type: none">- Ablehnung einer EU-Sanierungspflicht für angeblich ineffiziente Gebäude	<ul style="list-style-type: none">- Gefordert wird eine „Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen“- Schiefergasgewinnung, Kernenergie und Braunkohle als Träger- Diversifizierung der Energielieferanten- Wiederaufnahme der Stromproduktion in den sechs seit 2021 außer Dienst gestellten dt. Kernkraftwerken.- Kohleverstromung erhalten, mindestens bis ausreichend Kernreaktoren wieder am Netz sind.

	Atomkraft	Gebäudesanierung	Energieversorgung
Bündnis Sarah Wagenknecht	<ul style="list-style-type: none">- Atomkraft ein mögliches Mittel der Energieversorgung	<ul style="list-style-type: none">- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm- Einziger Bezug evtl. bei der Forderung, nach mehr Sanierung öffentlicher Infrastrukturen, da dies die Wirtschaft ankurbeln und dem Klima helfen kann – ob hier auch Gebäude der öffentl. Hand gemeint sind, ist unklar.	<ul style="list-style-type: none">- Erneuerbare Energien können allein Bedarf nicht decken- Kauf von teurem LNG keine sinnvolle Alternative zu Pipelinegas- Fordert Abbau von Sanktionen, um Zugang zu Rohstoffen Russlands und Zentralasiens zu ermöglichen- Netzinfrastruktur gehört in öffentliche Hand- Aufbau einer EU-weiten Wasserstoff- und Gaskraftwerkinfrastruktur- Weiternutzung bestehender Kohlekraftwerksinfrastruktur als Wärmespeicherkraftwerke- Von Energiekonzernen unabhängige EV durch Bürgerenergie und Stadtwerke
Linkspartei	<ul style="list-style-type: none">- Befürwortung eines europaweiten Ausstiegs aus der Atomenergie, da dies eine unherrschbare Risikotechnologie sei, die über Generationen hinweg Mensch und Umwelt massiv gefährdet- Taxonomie für Atomkraft und Gas beenden- Ablehnung des Imports und der Förderung von Wasserstoff aus Atomkraft	<ul style="list-style-type: none">- Ablehnung der Einbeziehung des Gebäudesektors in ETS 2: Pauschale Bepreisung ist sozial ungerecht- Unterstützung des EU-Mindestenergiestandards: Jene Gebäude mit schlechtester Bilanz müssen zuerst saniert werden- Gebäude müssen saniert werden, da dieser Sektor für Klimaziele entscheidend ist	<ul style="list-style-type: none">- Ablehnung eines Energiemarktes und des Emissionshandels- Setzt auf dezentrale Energieversorgung in der Hand von Bürgern, Kommunen und Genossenschaften (bzw. Verstaatlichung der Energieproduktion)- Wasserstoff kann Kohle und Erdgas dort ersetzen, wo der direkte Einsatz von Ökostrom nicht möglich ist- Wasserstoff nur auf Basis von Ökostrom gewinnen. Einsatz nur dort, wo keine effizienteren Alternativen vorhanden sind- Ablehnung der Förderung von Technologien wie E-Fuels; diese können nur Nischenlösung sein

Atomkraft

Gebäudesanierung

Energieversorgung

Linkspartei

- Erdgasbestandsnetze umrüsten und neue Wasserstoffnetze in öffentlicher Hand ausbauen und betreiben
 - Abhängigkeit der europäischen EV von fossilen Diktaturen (früher Russland, heute Katar) schadet dem Klima und der Demokratie
 - EV aus öffentlicher Hand muss bezahlbare und sozial gestaffelte Preise anbieten
 - Aufbau von Wärmenetzen durch Mitwirkung von Stadtwerken, kommunalen Energieversorgern und genossenschaftlichen Initiativen
 - Bis zum Jahr 2035 muss die Elektrizitätserzeugung in der gesamten EU zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bestehen und möglichst dezentral organisiert sein
 - Mehr öffentliches Eigentum in der Energieversorgung und mehr Vorgaben bei der Preisgestaltung
 - Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU soll bis 2030 auf mindestens 50 Prozent ansteigen. Der Primärenergieverbrauch soll in der EU bis 2030 im Vergleich zum Jahr 2000 um 40 Prozent fallen
-

Wirtschaft, Klima und Verkehr III (Verbot Verbrennermotor / Führerschein / Europäisches Verkehrsnetz)

	Verbot des Verbrennungsmotors	Führerschein	Europäisches Verkehrsnetz
SPD	<ul style="list-style-type: none">- Massive Förderung von klimaneutraler und fairer Mobilität – sei es in Form von E-Mobilität, Wasserstoffantrieben, ÖPNV, Schienenverkehr etc. - wird vielfach angesprochen und gefordert. Ein explizites Verbrenner-Verbot findet sich allerdings nicht.- Im Bereich des Flug- und Schiffsverkehrs wird auf E-Kerosin verwiesen	<ul style="list-style-type: none">- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm	<ul style="list-style-type: none">- Europa soll zu einer Mobilitätsunion gemacht werden. Dies „erfordert eine Transformation in allen Verkehrsbereichen, einschließlich des Individualverkehrs, des öffentlichen Verkehrs und des Güterverkehrs. Verkehrsplanung aus europäischer Perspektive ist auch nötig, um Grenzregionen besser anzubinden“- Ausbau des europ. Schienennetzes sowohl für Personen als auch Güterverkehr („Bis 2030 wollen wir den Anteil des Schienengüterverkehrs auf 30 Prozent des gesamten Güterfrachtverkehrs für Strecken über 300 Kilometer und bis 2050 auf mehr als 50 Prozent erhöhen“) hierzu sollen effiziente europäische Güterverkehrskorridore und die Digitalisierung der Schiene vorgebracht werden.- Weiterhin soll die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und Wasserstoffantriebe ausgebaut werden (alle 60 Kilometer E-Schnellladestationen und alle 200 Kilometer Tankstellen für Wasserstoff)
Bündnis 90 / Die Grünen	<ul style="list-style-type: none">- Dekarbonisierung des Verkehrs postuliert „ab 2035 keine Neuzulassungen von fossilen Verbrennungsmotoren in Pkw und bis 2030 Reduzierung der Emissionen um 55% im Vgl. zu 2021“	<ul style="list-style-type: none">- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm	<ul style="list-style-type: none">- Europäische Infrastrukturunion ist ein Leitmotiv: umfasst u.a. Ausbau des europ. Schienennetzes (Fokus auf Bahn) und damit verbundener Dienstleistungsangebote.- Massiver Ausbau Ladeinfrastruktur für E-Mobilität / Wasserstoffnetz

	Verbot des Verbrennungsmotors	Führerschein	Europäisches Verkehrsnetz
FDP	<ul style="list-style-type: none"> - Verbrennungsmotoren sind nicht per se klimaschädlich, sondern Betrieb mit fossilen Kraftstoffen - Daher: Substituierung fossiler Kraftstoffe durch synthetische Kraftstoffe – starker Fokus auf E-Fuels - Verbrennungsmotor als Teil der Mobilität der Menschen. Verbrennungsmotoren klimafreundlich machen, nicht verbieten - Ersatzlose Abschaffung von Flottengrenzwerthen 	<ul style="list-style-type: none"> - Führerschein als gelebte Freiheit: ermöglicht Mobilität gerade im ländlichen Raum - Senkung des Mindestalters zum Erwerb eines Pkw-Führerscheins und begleitetes Fahren ab 16 Jahren - Ablehnung von Einschränkungen für Senioren durch verpflichtende, regelmäßige Gesundheitstests als Voraussetzung für die Verlängerung des Führerscheins 	<ul style="list-style-type: none"> - Befürwortung fairer Wettbewerbsbedingungen auf der europäischen Schiene - Freier Zugang in alle europäischen Eisenbahnnetze; Trennung von Netz und Betrieb - Anlauf zur Weiterentwicklung der bisherigen Eisenbahnpakete - Konsequenter Ausbau der transeurop. Eisenbahnnetze zu Hochleistungs- und Hochgeschwindigkeitskorridoren - Ziel: Europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz + Harmonisierung von Schienennetzen und Ticketsystemen - Trennung von Netz und Betrieb - Flächendeckende Einführung des Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems
Alternative für Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> - Gegen das Verbrenner-Verbot und für dessen Abschaffung - Freiheit des Individualverkehrs als zivilisatorische Errungenschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Ablehnung von altersbegrenzenden Maßnahmen bei Führerscheinen und Fahrtauglichkeitschecks ab 70 	<ul style="list-style-type: none"> - Sehr unspezifisch: „Förderung des europäischen Verkehrsnetzes“ und im Rahmen dessen Forderung nach weiterem Ausbau des deutschen Autobahnnetzes und Förderung dieses Ausbaus durch EU-Mittel - Forderung nach ausreichend LKW-Stellplätzen und der Durchsetzung von LKW-Überholverböten zum Schutz aller Verkehrsteilnehmer
Bündnis Sarah Wagenknecht	<ul style="list-style-type: none"> - Kritik am Verbrenner-Aus: Dieser behindert ökologischen Umbau, da die ressourcenschonende Nutzung existierender Fzg. mit klimaneutralen Treibstoffen gebremst wird 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm 	<ul style="list-style-type: none"> - Relativ unspezifische Forderung nach einer Intensivierung grenzüberschreitender Kooperation im Verkehrssektor

	Verbot des Verbrennungsmotors	Führerschein	Europäisches Verkehrsnetz
Linkspartei	- Bekenntnis zum Verbrenner-Aus	- Keine explizite Forderung zu Mindestalter etc. - Einzige Forderung: Ablehnung von zwangsweisen und anlasslosen Überprüfungen der Fahrtauglichkeit und befristeten Führerscheinen	- Ausbau kollektiver und klimaverträglicher Verkehrsmittel, so dass klimaschädlicher Flug- und Autoverkehr obsolet wird - Autofreie Innenstädte mit Ausnahmen für Lieferverkehr, Rettungsfahrzeuge und Menschen mit eingeschränkter Mobilität

Gesundheit (Heilpraktiker / Privatisierungstendenzen)

	Heilpraktiker	Privatisierungstendenzen
SPD	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm
Bündnis 90 / Die Grünen	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm
FDP	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm
Alternative für Deutschland	- Beanspruchung von Heilpraktiker-Leistungen ist Selbstbestimmung des Patienten	- Krankenhäuser sollen als kritische Infrastruktur in öffentlicher und gemeinnütziger Hand bleiben“. Ob bereits privatisierte Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand überführt werden sollen, bleibt unerwähnt.
Bündnis Sarah Wagenknecht	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm	- Daseinsvorsorge (Wohnen, Wasser- und Energieversorgung, Gesundheitswesen und Mobilität) muss in die öffentliche Hand
Linkspartei	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm	- Forderung nach einer Rückabwicklung von Privatisierungen im Gesundheitssektor: „Krankenhäuser und Pflegeheime zurück in die öffentliche Hand“

Landwirtschaft (Förderung / Umgang mit Wölfen)

Förderung der Landwirtschaft

Umgang mit Wölfen

SPD

- Honorierung von öffentlichen Dienstleistungen, wie etwa von nachhaltigem Wirtschaften, dem Erhalt vielfältiger Kulturlandschaften, Umwelt-, Bestäuber-, Wasser- und Bodenschutz und dem Ausbau natürlicher CO₂-Speicher sein. Dies soll in Zukunft neben fairen Preisen für erzeugte Lebensmittel auch ein Einkommen für Landwirte über die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen bieten.
- Anpassung der Agrarförderung an die Vorgaben des Green Deal
- Ziel 25% ökologischer Landbau
- Weiterer Ausbau der sozialen Komponente in der GAP
- Herkömmliche Gentechnik wird im Agrarbereich abgelehnt – CRISPR Verfahren sollen aber geprüft und weiter beobachtet werden
- Ausweitung der EU-Initiative „Important Project of Common European Interests (IPCEI)“ auch auf die Landwirtschaft
- Verbesserung des Tierwohls als weitere zentrale Forderung neben der weiteren Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln

- Keine substanzielle Nennung im Europawahlprogramm

**Bündnis 90 /
Die Grünen**

- Förderung des natürlichen Klimaschutz (wichtig für Emissionsziele)
- Reform der europäischen Agrarpolitik, bei der Leistungen für das Gemeinwohl insb. Maßnahmen für Klima, Wasser, Boden, Biodiversität, Gesundheit, Tierschutz starker honoriert werden (Abkehr von flächenbezogener Direktzahlung der ersten Säule GAP)
- Leitbild ökologische Landwirtschaft - bis 2030 25% Anteil
- Förderung Schaffung eigener landw. Wasserreserven
- Stärkung von Landwirten in der Wertschöpfungskette und Förderung lokaler Vertriebswege
- Aufstockung von Forschungsgeldern für ökol. Landwirtschaft
- Weiterhin Kampf für Glyphosatverbot
- Agrargentechnik wird kritisch gesehen – kein Verbot aber mehr Transparenz und klare Siegel für den Verbraucher
- Wiedervernässung von Mooren mit Einkommensperspektiven für Landwirte als Klimaschutzbeitrag

- Keine substanzielle Nennung im Europawahlprogramm

	Förderung der Landwirtschaft	Umgang mit Wölfen
FDP	<ul style="list-style-type: none">- Forderung einer marktwirtschaftlichen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die weniger von Subventionszahlungen / Bürokratie geprägt ist (Abkehr von flächenbezogene Direktzahlungen erste Säule GAP)- Notwendigkeit europäischer Tierschutzstandards, die kleinere und mittlere Landwirtschaftsbetriebe nicht überfordern- Zügigere, wissenschaftlich fundierte Zulassung von Gentechnik (ähnl. Innovationen + klare rechtliche Regelungen für neue Züchtungstechniken)	<ul style="list-style-type: none">- Schutzstatus des Wolfes für die Regionen senken, in denen ein gesunder Erhaltungszustand erreicht ist
Alternative für Deutschland	<ul style="list-style-type: none">- Bessere Gestaltung der strukturellen Rahmenbedingungen: grundlegende Ablehnung der GAP, Forderung von sach- und leistungsgerechter Vergütung der Landwirte (mehr marktwirtschaftliche Prinzipien) + für Ausweitung von landw. Flächen und gg. deren Umwidmung zugunsten des Ausbaus der Erneuerbaren- Schaffung fairer Beziehungen zwischen Akteuren in der Wertschöpfungskette- Regionales Bauerntum vor ausufernder EU-Bürokratie schützen- Grüner Lobbyismus als Gefahr für Bauern (Technikfeindlichkeit) gleichzeitig für strenge Überwachung von Gentechnik	<ul style="list-style-type: none">- Jagd als Naturschutz: Befürwortung der unbürokratischen „Regulierung und Zurückdrängung“ von Wildtierpopulationen, u.a. Wolfspopulationen- Population des Wolfes soll als einheitlicher europäischer Bestand nach schwedischem/norwegischem Vorbild „reglementiert“ werden
Bündnis Sarah Wagenknecht	<ul style="list-style-type: none">- Die EU-Agrarpolitik soll stärker national und regional ausgerichtet werden / Ablehnung von Freihandelsabkommen die Agrarprodukte umfassen werden abgelehnt (Mercosur)- Stabilisierung fairer Preise für Agrarprodukte soll über Marktmachtbegrenzung von Agrar- und Lebensmittelkonzernen sowie Schutzzölle auf Agrargüterimporte gesichert werden- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe mit kurzen Lieferwegen- Einbeziehung von Landwirten bei Umweltauflagen / Kompromisse durch längere Übergangszeiträume und Förderungen- Verbot von Spekulation mit Lebensmitteln und mit Agrarflächen- Förderung einer tierwohl- und umweltgerechten Tierhaltung- Ablehnung der Agrargentechnik	<ul style="list-style-type: none">- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm

Förderung der Landwirtschaft

Umgang mit Wölfen

Linkspartei

- Gute Arbeit in der Landwirtschaft soll über flächendeckende, gesetzliche Mindestlöhne erreicht werden
- Spekulationsverbot mit Agrarfläche
- Veröffentlichung von Grundbüchern / Mehr Transparenz über Besitzverhältnisse
- Forderung eines EU-Bodengesetz, das eine sozial gerechte Verteilung landwirtschaftlicher Nutzflächen und die Bodenfruchtbarkeit sicherstellt
- Forderung nach einer drastischen Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden und Positionierung gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat

Keine explizite Nennung im Europawahlprogramm aber grundlegender Verweis auf gebotene Begrenzung der Freizeitjagd

Soziales und Finanzen I (EU-Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherungssysteme)

	EU-Arbeitslosenversicherung	Sozialversicherungssysteme
SPD	<ul style="list-style-type: none">- Zu Arbeitsmarktpolitik generell: größere Tarifbindung / „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ / mehr Mitbestimmung von Gewerkschaften und Arbeitnehmern in Unternehmen sowie in der Sozial- und Beschäftigungspolitik- Zum Thema EU-Arbeitslosenversicherung speziell: Das Kriseninstrument SURE soll weiterentwickelt werden und sicherstellen, dass alle Mitgliedsstaaten auch schweren wirtschaftl. Krisen ihre sozialen Sicherungssysteme, durch eine dauerhafte europäische Arbeitslosenrückversicherung erhalten können	<ul style="list-style-type: none">- Forderung nach einer Reform der Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme mit dem Ziel den Sozialschutz mobiler Beschäftigter sicherstellen und Missbrauch wirksam bekämpfen- Forderung nach einer einheitlichen, europäischen Sozialversicherungsnummer und einem digitalen Sozialausweis
Bündnis 90 / Die Grünen	<ul style="list-style-type: none">- Schaffung einer europ. Arbeitslosenrückversicherung für alle Mitgliedsstaaten (kreditbasierte Soforthilfen für Krisen zur Entlastung von Mitgliedsstaaten – nach Vor-bild des EU-Kurzarbeitergelds)- Erhöhung des Mindestlohns durch Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie (60% Medianlohn) in allen Mitgliedsstaaten	<ul style="list-style-type: none">- Ziel der Verbesserung der Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen. Hierzu soll der Informationsaustausch und die Koordinierung zwischen den zuständigen Sozialversicherungssystemen unbürokratisch sichergestellt werden (Übertragung von Ansprüchen über Ländergrenzen hinweg erleichtern)
FDP	<ul style="list-style-type: none">- Keine explizite Nennung im Europawahlprogramm allerdings wird betont, dass „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu Recht Aufgabe der Mitgliedsstaaten“ sei.	<ul style="list-style-type: none">- Rentenversicherung: Schaffung einer EU-weiten Plattform für die transparente Berechnung von Rentenansprüchen aus versch. Nationalen Rentensystemen- Einziger Bezug zum Thema Sozialversicherung: Reform der A1-Bescheinigung und siehe linke Spalte.- Zuwanderung in einen anderen Mitgliedstaat, um höhere Sozialleistungen zu erhalten, ist dagegen nicht Gegenstand der Freizügigkeit in der EU. Dies muss auch in der Praxis durchgesetzt werden, etwa über eine Reform der Kindergeld-Regelungen in Europa
Alternative für Deutschland	<ul style="list-style-type: none">- Klare Ablehnung einer „Umverteilungsunion“ im Kontext der EU-Arbeitslosenversicherung	<ul style="list-style-type: none">- Ablehnung einer „europäischen Sozialunion“- Erhalt der Vielfalt europäischer Sozialversicherungssysteme- Ausländer aus EU-Staaten sollen Sozialleistungen in DE erhalten, wenn sie zehn Jahre im Inland Steuern und SV-Beiträge gezahlt haben- EU-Sozialcharta wird als überflüssig bewertet

	EU-Arbeitslosenversicherung	Sozialversicherungssysteme
Bündnis Sarah Wagenknecht	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm
Linkspartei	- Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung müssen grenzüberschreitend angerechnet werden	- Voller Sozialversicherungsschutz in jedem Arbeitsverhältnis ab dem ersten Tag, auch für Saisonbeschäftigte - Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen am Ort der Wertschöpfung

Soziales und Finanzen II (Schuldenaufnahme der EU / Einlagensicherung und Sparen / Besteuerung von Großkonzernen)

	Schuldenaufnahme der EU	Einlagensicherung und Sparen	Besteuerung von Großkonzernen
SPD	- Schuldenaufnahme wird nicht explizit erwähnt, lediglich die Fiskalpolitik - „Wir werden tragfähige Staatsfinanzen in allen europäischen Ländern sichern, ohne dass die rigide Sparpolitik nach Europa zurückkehrt.“ - Reform der europäischen Fiskalregeln: Mitgliedsstaaten soll es zukünftig ermöglicht werden, individuelle Schuldenpfade mit der Europäischen Kommission zu vereinbaren, die sich an europ. Standards orientieren. Starre Vorgaben zur Kreditaufnahme werden abgelehnt, da sie Investitionen verhindern und die Handlungsfähigkeit der Staaten beeinträchtigen sollen.	- Keine substantielle Nennung im Europawahlprogramm	- mehr finanzielle Mittel für EU, aber unabhängiger von Mitgliedsstaaten, Haupteinnahmequellen: Besteuerung von Unternehmen und CO2-Grenzausgleichsmechanismus sollen hierzu dienen - Wettbewerbs- und Kartellrecht soll auch europäische Unternehmen global (nicht nur im europäischen Raum) im Blick haben - Marktmacht einzelner Unternehmen begrenzen

	Schuldenaufnahme der EU	Einlagensicherung und Sparen	Besteuerung von Großkonzernen
Bündnis 90 / Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsame Anleihen werden als bewährte Mittel zur Bewältigung großer Herausforderungen aufgeführt - Die finanzielle Ausstattung der EU soll insgesamt vor allem durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessert werden: substanzieller Aufwuchs des MFR von 2028 bis 2035 / Einnahmen, die infolge europäischer Instrumente entstehen, sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt zugeführt werden (z.B. 75% der Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems und 75% des CBAM) 	<ul style="list-style-type: none"> - Es wird sich für eine europ. Einlagenrückversicherung, die den Erhalt der Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt, ausgesprochen. - Darüber hinaus wird ein funktionierendes Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit Privatkundinnen vom Investmentbanking bei Großbanken gefordert, um so die Finanzmarktstabilität zu erhöhen und in Insolvenzfällen von Kreditinstituten die Rettung mit Steuergeldern zu verhindern 	<ul style="list-style-type: none"> - Faire und nachhaltige Besteuerung von Großkonzernen als Mittel im Kampf gegen Vermögensungleichheit und für den Klimaschutz - Steuerdumping und Steuerflucht innerhalb der EU durch soll Wegfall der Vetooption (Einführung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen) begegnet werden. - Etablierung einer progressiv ausgestalteten Übergewinnsteuer (nach Vorbild Übergewinnsteuer im Energiebereich) - Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung in allen Mitgliedsstaaten und des Kommissionsvorschlags für einen neuen EU-Rahmen zur Unternehmensbesteuerung plus neues EU-Rahmenwerk für harmonisierte Steuerbegünstigungen - Stärkung der Steuertransparenz (Offenlegung der Steuerzahlung in versch. EU-Mitgliedsstaaten)
FDP	<ul style="list-style-type: none"> - Kein Einstieg in eine Schuldenunion - Beginn mit der Tilgung der für den Corona-Solidaritätsfonds aufgenommenen Kredite in der kommenden Legislaturperiode - Ablehnung von Eurobonds - Haushaltspolitik muss auf schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme verzichten 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine substanzielle Nennung im Europawahlprogramm 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine substanzielle Nennung im Europawahlprogramm
Alternative für Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> - Keine vertragswidrige Schuldenaufnahme: Schulden gehen zu Lasten künftiger deutscher Generationen 	<ul style="list-style-type: none"> - Gegen eine europ. Einlagensicherung, da durch implizite Vergemeinschaftung deutsche Sparer für Banken haften würden 	<ul style="list-style-type: none"> - Konsequenter Besteuerung soll über eine Gesamtkonzernbesteuerung erreicht werden

	Schuldenaufnahme der EU	Einlagensicherung und Sparen	Besteuerung von Großkonzernen
Bündnis Sarah Wagenknecht	<ul style="list-style-type: none"> - Keine substanzielle Nennung im Europa-wahlprogramm - Lediglich Forderung der Reform der starren Regeln der europäischen Schuldenbremse - Einführung einer „Goldenen Investitionsregel“: So werden bestimmte öffentliche Investitionen aus der Defizitrechnung herausgenommen 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine substanzielle Nennung im Europa-wahlprogramm - 	<ul style="list-style-type: none"> - Einheitliche europäische Unternehmensbesteuerung - Forderung eines Mindeststeuersatzes auf Unternehmensgewinne von 25 Prozent bei einheitlicher Bemessungsgrundlage
Linkspartei	<ul style="list-style-type: none"> - Europäische Fiskalregeln verhindert notwendige öffentliche Investitionen - Ende der europäischen Schuldenbremse oder Ausnahmen von ihr - Öffentliche Investitionen dürfen nicht in Defizite und den Schuldenstand eingerechnet werden - EU-Schuldenaufnahme mit gleichzeitiger Haftung der EU - Schuldenschnitt für die Ukraine, um Wiederaufbau zu ermöglichen - Schuldenschnitt und nachhaltige Entschuldungsinitiative auf globaler Ebene unterstützen 	<ul style="list-style-type: none"> - Grundsätzliche Befürwortung einer europäische Einlagensicherung, aber nur für Institute und Einleger von Banken ähnlichen Zugschnitts und Risikoprofils in Europa - Sparkassen und Genossenschaftsbanken sollen nicht für die Spekulationsverluste internationaler Investmentbanken geradestehen müssen 	<ul style="list-style-type: none"> - Implizite Gesamtkonzernbesteuerung: Konzerne müssen (stärker) am Ort ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten und der Umsätze besteuert werden (Quellensteuer) - Einführung dauerhafter Mindestbesteuerung der Übergewinne der fossilen Energiekonzerne in Höhe von 90 Prozent - Finanztransaktionssteuer und eine Gesamtbesteuerung von Konzernen auf EU-Ebene durch die direkte Besteuerung von 25 Prozent der Unternehmensgewinne

Junge Generation und Frauen (Gleichstellung / Gender-Pay-Gap)

EU-Arbeitslosenversicherung

- Erarbeitung einer EU-Charta der Frauenrechte: Katalog für zu schützende Grundrechte, wie z. B. den universellen Zugang zu Verhütung, sexueller und reproduktiver Gesundheit, und Rechte, einschließlich reproduktiver Selbstbestimmung (aktuell Reichweiter unklar, z.B. ob dies z.B. auch die Legalisierung von Leihmutterchaft beinhalten könnte -) sowie sicherer und legaler Schwangerschaftsabbrüche (hier ist unklar, wie weit legal gehen soll – deutsches Modell oder gar darüber hinaus) sowie Sexual- und Beziehungserziehung.
- kostenlosen, niedrigschwelligen Zugang zu Abtreibungsmittel wie der „Pille Danach“
- konsequente Umsetzung sowohl der europäischen Gleichstellungsstrategie (insbesondere in Form qualitativer und quantitativer Maßnahmen, die die Erwerbsbeteiligung von Frauen stärken) als auch der LGBTQ-Gleichstellungsstrategie. Beide sollen mit einem eigenen Budget ausgestattet und für die Zeit von 2025 bis 2030 erneuert werden
- Mögliche Einführung von Quoten für Vorstände aller in der Europäischen Union ansässigen Unternehmen
- Stärkung der steuerlichen Gleichstellung von Mann und Frau (reduzierten Steuersätzen in der EU auf weibliche Hygieneartikel bis zur Abschaffung des Mehrpreises auf Produkte und Dienstleistungen für Frauen)
- EU-Haushalt mit Gender-Budgeting aufstellen
- Ausbau gendersensibler Bildungsprogramme

SPD

Bündnis 90 /
Die Grünen

- Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, soll ein effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt durchgesetzt werden
- Geschlechterparitätische Besetzung der Kommission
- Transparenz zur Geschlechtergerechtigkeit bei allen Fördermitteln

Sozialversicherungssysteme

- Einsetzen für die Umsetzung der Richtlinie für Lohntransparenz und die Erarbeitung einer EU-Richtlinie zu Antidiskriminierung bei Löhnen
- Konsequente Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie soll dafür sorgen, dass gerade Frauen, die häufig im Niedriglohnssektor arbeiten, besser vor Armut geschützt werden und damit sich auch das Gender-Pay-Gap verringert.
- Angestrebt wird weiterhin das Modell „Equal Carer – Equal Earner“ an, also ein gleichstellungsorientiertes Erwerbs- und Sorgemodell.

- Gender-Pay-Gap ist ein gesamteuropäisches Problem, daher: konsequente Umsetzung der Lohntransparenzrichtlinie;
- Verbesserung der Bezahlung in Care- und Sorgeberufen;
- Umsetzung und Ausweitung der (Familien-) Vereinbarkeitsrichtlinie

EU-Arbeitslosenversicherung

Sozialversicherungssysteme

<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Geschlechtergerechte Gestaltung des Mehrjährigen Finanzrahmens - EU soll eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit werden und hierbei soll sich Geschlechter-gerechtigkeit durch alle Politikbereiche ziehen - Recht auf Schwangerschaftsabbruch soll überall in der EU gelten und in der Grundrechtecharta verankert werden - Reproduktive Rechte sollen als EU-Grundrecht gefordert werden (Reichweite der Forderung unklar – evtl. inkl. Leihmutterchaft etc., ähnlich SPD) - Ausbau und Stärkung des <i>European Institute for Gender Equality</i> - Evaluierung der Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission - uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken 	
<p>FDP</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Erfolgsgeschichte Erasmus+ ausbauen; Zugang auch für Lehrkräfte, Schüler und Azubis verbessern - Bei beruflicher Ausbildung europäische Perspektive im Handwerk und in dualen Ausbildungsberufen aufzeigen - Europäischen Freiwilligendienst und Kultur- und Sportaustausch stärken - Europäische Venture-Capital-Verordnung schafft beste Bedingungen für Wagniskapital: Junge Gründer in der Wachstumsphase unterstützen 	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit durch den Ausbau erschwinglicher Kinderbetreuung und die Flexibilisierung von Arbeitszeiten - Vereinbarkeit von Politik und Familie stärken: Europaabgeordneten ermöglichen, nach Geburt oder Adoption eines Kindes online an Abstimmungen teilzunehmen. - Beruflichen Aufstieg von Frauen und Mädchen durch verbesserte MINT-Bildung, Entrepreneurship Education und Unterstützung von privaten Female-Founders-Netzwerken fördern
<p>Alternative für Deutschland</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Umfassende Familien- und Kinderförderung bei jungen Paaren 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine substantielle Nennung von Gleichstellung/Gender Pay
<p>Bündnis Sarah Wagenknecht</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kein substantieller Verweis auf junge Generation, Familien oder Frauen 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine Nennung von Gender- oder Gleichstellungsthemen
<p>Linkspartei</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Senkung des aktiven Wahlrechts in allen EU-Ländern auf 16 Jahre - Kindergrundsicherung ist zentraler Baustein 	<ul style="list-style-type: none"> - Forderung eines Verbandsklagerechts zur Durchsetzung gleicher Bezahlung, damit Frauen nicht allein ihre Rechte einklagen müssen

EU-Arbeitslosenversicherung

- Förderung von Jugendzentren
- Mittels Bürgerräte soll insbesondere die Jugend Ideen einbringen
- Umsetzung der Europäischen Kindergarantie dergestalt, dass allen Kindern und Jugendlichen soziokulturelle Teilhabe, Zugang zu kostenloser Bildung und Erziehung, Gesundheitsversorgung, gesunder Ernährung und Unterkunft ermöglicht wird

Linkspartei

- Gesonderte Projekte, mit denen queere Jugendliche und ältere queere Menschen vor Obdachlosigkeit geschützt werden; Housing-First-Angebote für diese Gruppen
 - Programme für die Gleichstellung von Frauen, Mädchen sowie queerer Menschen
 - Gleichstellung von Regenbogenfamilien
 - Nationale Aktionspläne für die Gleichstellung queerer Menschen
-

Sozialversicherungssysteme

- Alle Unternehmen müssen ihren Beschäftigten Auskunft über das Lohnniveau für vergleichbare Tätigkeiten geben.
- Löhne in sogenannten Frauenberufen sollen steigen – dazu sollen auch die Auslagerung durch öffentliche Arbeitgeber beendet und öffentliche Dienstleistungen ausreichend finanziert werden

Impressum

Sebastian Weise

Sebastian Weise verantwortet in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung die Stelle Digitale Demokratie & Parteienanalyse innerhalb der Abteilung Demokratie Recht und Parteien.

Daphne Wolter

Daphne Wolter leitet die Abteilung Demokratie, Recht und Parteien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Sebastian Weise

Digitale Demokratie & Parteienanalyse

T +49 30 / 26 996-3732
sebastian.weise@kas.de

Daphne Wolter

Abteilungsleiterin Demokratie, Recht und Parteien

T +49 30 / 26 996-3607
daphne.wolter@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023, Berlin
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)